

Art. 3 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag nach der nächsten vollständigen Erneuerung der Abgeordnetenkommer in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 14. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Ch. MICHEL

Der Vizepremierminister und Minister der Beschäftigung, der Wirtschaft und der Verbraucher, beauftragt mit dem Außenhandel

K. PEETERS

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern, beauftragt mit der Gebäuderegie

J. JAMBON

Der Vizepremierminister und Minister der Entwicklungszusammenarbeit, der Digitalen Agenda, des Fernmeldewesens und der Post

A. DE CROO

Der Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen und Europäischen Angelegenheiten, beauftragt mit Beliris und den Föderalen Kulturellen Institutionen

D. REYNDERS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2019/10395]

14 OCTOBRE 2018. — *Loi spéciale modifiant, en ce qui concerne le cumul des mandats, la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises.* — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi spéciale du 14 octobre 2018 modifiant, en ce qui concerne le cumul des mandats, la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises (*Moniteur belge* du 26 octobre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2019/10395]

14 OKTOBER 2018. — *Bijzondere wet tot wijziging, wat de cumulatie van mandaten betreft, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse instellingen.* — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de bijzondere wet van 14 oktober 2018 tot wijziging, wat de cumulatie van mandaten betreft, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse instellingen (*Belgisch Staatsblad* van 26 oktober 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2019/10395]

14. OKTOBER 2018 — *Sondergesetz zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, was die gleichzeitige Ausübung von Mandaten betrifft* — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Sondergesetzes vom 14. Oktober 2018 zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, was die gleichzeitige Ausübung von Mandaten betrifft.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

14. OKTOBER 2018 — *Sondergesetz zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, was die gleichzeitige Ausübung von Mandaten betrifft*

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es :

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Artikel 31ter des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, eingefügt durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993 und zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 6. Januar 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1bis Absatz 2 wird durch folgenden Satz ergänzt:

“Die Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die mit der Ausübung besonderer Ämter verbunden sind, wie in der Geschäftsordnung des Parlaments festgelegt, werden ebenfalls bei der Berechnung dieses Betrags berücksichtigt.”

2. Ein § 1ter mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

“§ 1ter – Paragraph 1bis findet keine Anwendung auf den Parlamentspräsidenten.”

Art. 3 - Artikel 25 § 1bis des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, eingefügt durch das Sondergesetz vom 4. Mai 1999 und abgeändert durch das Sondergesetz vom 27. März 2006, wird wie folgt ersetzt:

“§ 1bis - Der Betrag der Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die als Entlohnung für Tätigkeiten bezogen werden, die das Parlamentsmitglied neben seinem parlamentarischen Mandat ausübt, darf die Hälfte des Betrags der in Ausführung von § 1 gewährten Entschädigung nicht überschreiten.

Bei der Berechnung dieses Betrags werden die Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder berücksichtigt, die mit der Ausübung eines öffentlichen Mandats, eines öffentlichen Amtes oder eines öffentlichen Auftrags politischer Art verbunden sind. Darunter fallen unter anderem die mittelbar oder unmittelbar bezogenen Entschädigungen infolge der Ausübung von Ämtern in Verwaltungsräten, Beiräten und Direktionsausschüssen:

a) der Interkommunalen und Interprovinzialen,

b) der juristischen Personen, auf die eine oder mehrere öffentliche Behörden gemeinsam mittelbar oder unmittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben:

- weil sie mit diesen juristischen Personen einen Geschäftsführungs- oder Verwaltungsvertrag abschließen oder
- unmittelbar oder mittelbar mehr als die Hälfte der Mitglieder ihres Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Leitungsorgans bestimmen oder eine oder mehrere Personen damit beauftragen, die Aufsicht in ihrer Mitte auszuüben, oder

- unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit des gezeichneten Kapitals halten oder

- unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der mit den Anteilen an der juristischen Person verbundenen Stimmrechte verfügen,

c) der juristischen Personen, bei denen das Parlamentsmitglied infolge eines Beschlusses einer öffentlichen Behörde Teil des Verwaltungsrates, des Beirates oder des Direktionsausschusses ist.

Die Entschädigungen, Gehälter oder Anwesenheitsgelder, die mit der Ausübung besonderer Ämter verbunden sind, wie in der Geschäftsordnung des Parlaments, der Vereinigten Versammlung der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Versammlung der Französischen Gemeinschaftskommission oder der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission festgelegt, werden ebenfalls bei der Berechnung dieses Betrags berücksichtigt.

Bei Überschreitung des in Absatz 1 festgelegten Höchstbetrags wird der Betrag der in § 1 vorgesehenen Entschädigung verringert, es sei denn, das Mandat als Parlamentsmitglied wird gleichzeitig mit dem Mandat als Bürgermeister, Schöffe oder Präsident eines Sozialhilferates ausgeübt. In diesem Fall wird das mit dem Mandat als Bürgermeister, Schöffe oder Präsident eines Sozialhilferates verbundene Gehalt verringert.

Beginnen oder enden die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Tätigkeiten während des parlamentarischen Mandats, setzt das betreffende Mitglied den Parlamentspräsidenten davon in Kenntnis.

In der Geschäftsordnung des Parlaments werden die Ausführungsmodalitäten der vorliegenden Bestimmungen festgelegt.

Die Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen finden keine Anwendung auf den Präsidenten des Parlaments, der Vereinigten Versammlung der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Versammlung der Französischen Gemeinschaftskommission oder der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission.”

Art. 4 - Vorliegendes Gesetz tritt bei der ersten vollständigen Erneuerung der Abgeordnetenkommer nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 14. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Ch. MICHEL

Der Vizepremierminister und Minister der Beschäftigung,
der Wirtschaft und der Verbraucher, beauftragt mit dem Außenhandel

K. PEETERS

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern, beauftragt mit der Gebäuderegie

J. JAMBON

Der Vizepremierminister und Minister der Entwicklungszusammenarbeit,
der Digitalen Agenda, des Fernmeldewesens und der Post

A. DE CROO

Der Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen und Europäischen Angelegenheiten,
beauftragt mit Beliris und den Föderalen Kulturellen Institutionen

D. REYNDERS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR
ET SERVICE PUBLIC FEDERAL JUSTICE

[C – 2018/32544]

11 JANVIER 2019. — Arrêté royal exécutant l'article 138, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5° et 6°, de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux et l'article 11bis, alinéa 2, de la loi du 26 avril 2002 relative aux éléments essentiels du statut des membres du personnel des services de police et portant diverses autres dispositions relatives aux services de police et modifiant l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux, les articles 121, remplacé par la loi du 26 avril 2002, et 138, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5° et 6°, insérés par la loi du 21 avril 2016;

Vu la loi du 26 avril 2002 relative aux éléments essentiels du statut des membres du personnel des services de police et portant diverses autres dispositions relatives aux services de police, l'article 11bis, alinéa 2, inséré par la loi du 21 avril 2016;

Vu l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police (PJPo);

Vu les protocoles de négociation n° 340/1 et n° 423/5 du comité de négociation pour les services de police, conclus respectivement le 23 avril 2014 et le 9 mars 2018;

Vu les avis de l'Inspecteur général des Finances, donné le 27 février 2017 et le 29 mars 2017;

Considérant que l'avis du Conseil des bourgmestres n'a pas été régulièrement donné dans le délai fixé et qu'aucune demande de prolongation n'a été formulée; qu'en conséquence, il a été passé outre;

Vu l'accord de la Ministre du Budget, donné le 4 mai 2018;

Vu l'accord du Ministre chargé de la Fonction publique, donné le 15 juin 2018;

Vu l'avis 64.084/2/V du Conseil d'Etat, donné le 10 septembre 2018, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre de l'Intérieur et du Ministre de la Justice,

Nous avons arrêté et arrêtons :

TITRE I^{er}. — DISPOSITIONS MODIFICATIVES

Article 1^{er}. Dans l'article I.I.1^{er}, 23°, PJPo, les mots "visés aux points 24° à 27° y compris" sont remplacés par les mots "visés à l'article 2, 13°, de la loi du 26 avril 2002 et aux points 24°, 26° et 27°".

Art. 2. Dans le PJPo, il est inséré un article I.I.1bis rédigé comme suit:

"Art. I.I.1bis. Les définitions reprises dans l'article 2 de la loi du 26 avril 2002 sont d'application conforme dans le cadre du présent arrêté."

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN
EN FEDERALE OVERHEIDSDIENST JUSTITIE

[C – 2018/32544]

11 JANUARI 2019. — Koninklijk besluit tot uitvoering van artikel 138, § 1, eerste lid, 5° en 6°, van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus en artikel 11bis, tweede lid, van de wet van 26 april 2002 houdende de essentiële elementen van het statuut van de personeelsleden van de politiediensten en houdende diverse andere bepalingen met betrekking tot de politiediensten en tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, de artikelen 121, vervangen bij de wet van 26 april 2002, en 138, § 1, eerste lid, 5° en 6°, ingevoegd bij de wet van 21 april 2016;

Gelet op de wet van 26 april 2002 houdende de essentiële elementen van het statuut van de personeelsleden van de politiediensten en houdende diverse andere bepalingen met betrekking tot de politiediensten, artikel 11bis, tweede lid, ingevoegd bij de wet van 21 april 2016;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten (RPPo);

Gelet op de protocollen van onderhandeling nr 340/1 en nr. 423/5 van het onderhandelingscomité voor de politiediensten, gesloten op respectievelijk 23 april 2014 en 9 maart 2018;

Gelet op de adviezen van de Inspecteur-generaal van Financiën, gegeven op 27 februari 2017 en 29 maart 2017;

Overwegende dat het advies van de Raad van burgemeesters niet regelmatig binnen de voorgeschreven termijn is gegeven en dat geen verzoek om verlenging van de termijn gedaan is; dat er bijgevolg aan is voorbijgegaan;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, d.d. 4 mei 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister belast met Ambtenarenzaken, d.d. 15 juni 2018;

Gelet op advies 64.084/2/V van de Raad van State, gegeven op 10 september 2018, met toepassing van artikel 84, §1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Binnenlandse Zaken en de Minister van Justitie,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

TITEL I. — WIJZIGINGSBEPALINGEN

Artikel 1. In artikel I.I.1, 23°, RPPo worden de woorden "bedoeld in 24° tot en met 27°" vervangen door de woorden "bedoeld in artikel 2, 13°, van de wet van 26 april 2002 en in 24°, 26° en 27°".

Art. 2. In het RPPo wordt een artikel I.I.1bis ingevoegd, luidende:

"Art. I.I.1bis. De in artikel 2 van de wet van 26 april 2002 opgenomen definities zijn van overeenkomstige toepassing in het raam van dit besluit."